

BlattGRÜN

Zeitschrift von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Oberhausen

AUSGABE 03/2018



DIESEL-ABWRACKPRÄMIE

TAUSCHE alten Diesel
gegen lebenslang
kostenloses ÖPNV-Ticket

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
OBERHAUSEN



Haushaltsverabschiedung 2019

Rede von Andreas Blanke im Rat am 19.11.2018



(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

für meine heutige Haushaltsrede machte ich mich auf die Suche nach einem Philosophen, der es erlaubt, einen roten Faden für meine Haushaltsrede zu spinnen. Gelandet bin ich bei Aristoteles und seiner Tugendethik.

Für Aristoteles war die Tugend eine Frage von Maß und Mitte. Er lehrte, man müsse das Übermaß vermeiden. So solle man sich vor Tollkühnheit genauso hüten wie vor der Feigheit. Der Kommunikationswissenschaftler Friedemann Schulz von Thun hat diese Theorie erweitert und darauf sein Wertequadrat gesetzt. Jede Tugend hat demnach eine Schwestertugend, und zu beiden gibt es Übertreibungen, die ganz und gar von Übel sind. Ein leicht verständliches Beispiel sind Sparsamkeit und Großzügigkeit. Wer es mit der Sparsamkeit übertreibt, wird von Geiz zerfressen und sollte generöser werden. Wer hingegen gar zu großzügig ist, wird sich ruinieren und sollte sparen üben.

Auch wenn wir heute keinen Haushalt verabschieden, der von Geiz zerfressen ist, so haben die letzten Wochen der Haushaltsberatungen gezeigt, dass Geiz eben nicht geil ist, sondern Sparsamkeit auch 2019 in Oberhausen eine Tugend sein wird. Es hat sich aber auch gezeigt, dass sich durchaus Räume schaffen lassen, die nicht unbedingt eine übermäßige Großzügigkeit bedürfen und mit vorhandenen Mitteln sowie unter Ausschöpfung der gestalterischen Spielräume sich positiv auf die Entwicklung Oberhausens auswirken werden.

Bleiben wir aber zunächst bei Aristoteles und seiner Frage von Maß und Mitte. Lassen Sie mich an einigen Beispielen klar machen, wie aus Sicht meiner Fraktion mit dieser These umgegangen werden muss, ohne unbedingt als tollkühn oder feige bezeichnet zu werden, denn 2019 stehen wir auch weiterhin vor ganz erheblichen Herausforderungen wie in Sachen **Klima- und Umweltschutz**, aber auch für die Neuausrichtung der **kommunalen Mobilität**.

Es war Ende 2017 weder tollkühn noch utopisch, als wir als treibende Kraft in der Koalition das Thema der kommunalen Mobilitätswende anstießen. Wir haben damit wichtige Impulse gesetzt. Heute, ein Jahr später, gibt es aus unserer Sicht in Puncto Maß und Mitte noch eine Menge Luft nach oben und seit Donnerstag wissen wir, dass Fahrverbote nun auch für die ersten Städte im Ruhrgebiet drohen. Auch Oberhausen und die Mülheimer Straße stehen im Fokus einer weiteren Klage. Seit Jahren müssen die Menschen entlang der Mülheimer Straße, aber auch an anderen Hauptverkehrsstraßen mit diesen gesundheitsgefährdenden Lebensbedingungen mehr oder weniger leben. Dieser Gesundheitsschutz ist seit Jahren immer dem Grundsatz „Freie Fahrt

für freie Bürger“ geopfert worden. Damit muss nun Schluss sein.

Wir sind immer **gegen Fahrverbote** gewesen und haben deshalb für einen konsequenten Ausbau der Alternativen zum Auto plädiert. Nun rächt sich die jahrelange Blockadehaltung der Bundesregierung und die erfolgreiche Lobbyarbeit der Automobilkonzerne zu Gunsten dreckiger Dieselfahrzeuge. Die Hauptverantwortung für dieses Desaster hat die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen von Union und SPD. Auch Oberhausen muss nun voraussichtlich die Zeche dafür zahlen, denn immer noch nimmt die Bundesregierung es stoisch hin, dass die Autoindustrie Millionen von Menschen ungestraft hintergehen und betrügen konnte – und nun diese die Leidtragenden sind, obwohl sie die eigentlich Betrogenen sind. Wertverluste im vierstelligen Bereich für Bürgerinnen und Bürger werden von der Regierung genauso hingenommen, wie die Probleme, die kleine Handwerksbetriebe und Gewerbetreibende mit ihren Dieselfahrzeugen bekommen. Statt endlich für Hardware-Nachrüstungen ausschließlich auf Kosten der Autoindustrie zu sorgen, besorgt man dieser lieber mit sogenannten Umtauschprämien ein neues Konjunkturprogramm. Folgt man Aristoteles, ist dies wohl eher als feiges Handeln zu bezeichnen.

Was aber können wir jetzt und im nächsten Jahr tun? Die Forderung meiner Fraktion ist nicht neu, denn für eine nachhaltige **Mobilitätswende** muss die **Infrastruktur** verbessert und teilweise neu geschaffen werden.

Wir müssen als Kommune selbst initiativ werden, wir müssen das regeln, was wir eigenständig tun und auch finanzieren können. Jammern ist nicht zielführend. Wir wollen handeln und werden deshalb

Anfang des kommenden Jahres mit mehreren Initiativen in die Gremienberatungen gehen. Wie das konkret aussieht, will ich hier kurz exemplarisch vorstellen:

Wir wollen die **emissionsarme Mobilität** stärken. Hierzu soll unter anderem Kontakt zu Einzelhandelsunternehmen aufgenommen werden, um diese für eine Bewerbung der Landesförderung „Emissionsarme Mobilität“ zu gewinnen, da diese auch eine Förderung von 30 Prozent beim Kauf eines Elektro-Lastenfahrads vorsieht. Die geförderten E-Lastenräder können dann an Kundinnen und Kunden der Einzelhandelsunternehmen für den Transport von schweren Einkäufen verliehen werden. Somit können unnötige PKW-Fahrten auf kurzen Strecken überflüssig und unattraktiv werden.

Zudem wollen wir eine **Mobilitätsstation** zur Förderung der Vielfalt der emissionsfreien Fortbewegung in Oberhausen einrichten, die als Anlaufpunkt dienen soll, an dem Leihräder, elektrisch betriebene Lastenräder, Elektroroller, Carsharing-Fahrzeuge und ÖPNV-Tickets angeboten werden. Ergänzend sollen dort Beratungen zur situationsadäquaten Fortbewegung angeboten und die umweltfreundlicheren Alternativen zum Auto hervorgehoben werden. Geprüft werden sollte die Kombination des Projektes mit **Arbeitsmarktpunkten für Langzeitarbeitslose**. Die Mobilitätsstation ergänzt aus unserer Sicht die Arbeit von konzeptionell arbeitenden Mobilitätsmanagerinnen beziehungsweise Mobilitätsmanagern, die durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit ein Umdenken zu energieeffizienterer, umweltfreundlicherer Fortbewegung fördern sollen. Hierzu hat der Bürgerantrag des BUND und ADFC gute Anregungen geliefert.

Eine weitere Maßnahme zur Attraktivitätssteigerung der Elektromobilität soll die **Befreiung**

von Parkgebühren für Fahrzeuge mit E-Kennzeichen oder einer Plakette für elektrisch betriebene Fahrzeuge sein. Hier ist lediglich die Parkgebührenordnung zu überarbeiten. Eine Fördermaßnahme seitens des Bundes wurde durch das Elektromobilitätsgesetz bereits im Juni 2015 erlassen.

Damit Aristoteles erneut bemüht werden kann, wollen wir GRÜNE durchaus etwas nahezu Tollkühnes auf den Weg bringen, denn was die Bundesregierung nicht hinbekommt, wollen wir in Oberhausen zumindest im Kleinen versuchen, indem wir eine **Diesel-Abwrackprämie** prüfen lassen wollen. Unter dem Motto „**Tausche Diesel-Fahrzeug gegen kostenloses ÖPNV-Ticket**“ soll die Verwaltung prüfen, wie allen privaten Halterinnen und Haltern von in Oberhausen zugelassenen Diesel-PKWs der Schadstoffklassen Euro 1 bis 4 ein kostenloses, lebenslang gültiges ÖPNV-Ticket 2000 der Preisstufe A im Tausch gegen eine zertifizierte Verschrotungs-Bescheinigung ihres Diesel-PKWs angeboten werden kann. Hierfür soll ein rechtssicheres Durchführungskonzept bis zur Sommerpause 2019 vorzulegen sein.



Auch die permanenten Verstöße gegen die Fahrverbote in der Umweltzone sind nicht länger akzeptabel. Wir fordern daher eine regelmäßige und engmaschige **Kontrolle der Durchfahrtsverbote** für LKW ab 3,5 Tonnen Gesamtgewicht auf der Mülheimer Straße. Hierzu sollen zwei stationäre Blitzanlagen zur Kontrolle und Ahndung von LKW-Durchfahrten angeschafft und ihre Wirksamkeit regelmäßig evaluiert werden.

Neben der weiteren Attraktivierung des Radverkehrs muss auch der öffentliche Nahverkehr in Oberhausen gestärkt werden. Angesichts der zunehmenden Dichte des motorisierten Individualverkehrs mit den Folgewirkungen Staus, gesundheitsgefährdende Feinstaubbelastung, Lärm und klimaschädlicher CO₂-Ausstoß bedarf es deutlich verstärkter Anstrengungen, die den ÖPNV unattraktiv machenden Begleiterscheinungen so zu verändern, dass mehr Menschen eine Systementscheidung fort vom eigenen Auto zur **dauerhaften Nutzung des ÖPNV** vollziehen.

Dabei sind **fünf Faktoren** wichtig: Wir müssen mittelfristig das **Preisniveau senken**, denn seit Jahren werden die Fahrpreise, auch für die regelmäßigen Nutzerinnen und Nutzer des ÖPNVs erhöht. Das Preis-Leistungs-Verhältnis wird zunehmend schlechter. Eine mehrjährige Pause bei Tarifierhöhungen ist unabdingbar.

Die **Sauberkeit und Sicherheit** in Bahnen und Bussen erhöhen, da die Nutzung des ÖPNV in den Augen der Nutzerinnen und Nutzer angesichts systembedingten Komforts und Zeitverlustes nur dann attraktiv ist, wenn die Fahrten in sauberen und sicheren Verkehrsmitteln dauerhaft gesichert sind.

Auch die **Zuverlässigkeit** der Fahrten ist zu steigern, die Anschlussfahrten müssen gewährleistet sein und die Kommunikation ist zu verbessern, denn angesichts gesellschaftlich zunehmenden Zeitdrucks im beruflichen und pri-

Fortsetzung von Seite 3

vaten Umfeld ist die Unzuverlässigkeit der Verkehrsmittel für viele potenzielle Nutzerinnen und Nutzer der abschreckendste Faktor bei der Entscheidung, den ÖPNV dauerhaft zu nutzen. Daher bedarf es unserer Ansicht nach im Stadt- und Regionalverkehr erhebliche Anstrengungen, pünktliche Ankunftszeiten und funktionierende Anschlüsse zu gewährleisten.

Erhebliche Investitionen in das Schienennetz und in neue Busse und Bahnen müssen einhergehen mit kurzfristig zu realisierenden Maßnahmen die Pünktlichkeit zu erhöhen. Wir brauchen in der Metropolregion Ruhr eine Verbesserung **städteübergreifender Verbindungen**, da angesichts einer zersplitterten Landschaft von Verkehrsgesellschaften die Interessen von Fahrgästen an einer übergreifenden, aufeinander abgestimmten Planung von Bus- und Bahnlinien auf der Strecke bleiben. Gefordert

ist eine übergreifende Planungsinstanz und ein Finanzierungsinstrumentarium, welches unabhängig von den finanziellen Grenzen der jeweiligen Stadt ein an den Mobilitätsbedürfnissen der Nutzenden orientiertes Angebot entwickelt.

Last but not least müssen die **Verkehrstakte verkürzt** und das **Linienangebot ausgebaut** werden, denn große Metropolen machen es vor: Der ÖPNV ist in dem Maße attraktiv, wie Taktzeiten kurz und ein morgendliches und ein nächtliches durchgehendes Angebot vorhanden sind. Der Trend des letzten Jahrzehnts, das Linienangebot auszudünnen, muss als teurer Irrweg der Verkehrspolitik erkannt und im Rahmen einer Verkehrswende dauerhaft durch deutlich mehr Investitionen in Netze, Material sowie Personal umgekehrt werden.

Die Zeit der Appelle ist vorbei: Land und vor allem der Bund müssen ihre Zuschüs-

se dauerhaft erheblich aufstocken. Oberhausen kann die Kosten hierfür nicht alleine stemmen.

Wir sehen gerne in eine grünere Zukunft. Für andere hier im Saal stellt sich die Zukunft vermutlich anders dar. Vielleicht ist sie dann am Ende bunt – das wäre für uns auch eine gute Vision.

Lassen Sie uns an einer guten, vielfältigen, bunten Zukunft für Oberhausen arbeiten, bleiben wir großzügig bei unserer Willkommenskultur für geflüchtete Menschen, sind wir nicht feige, wenn es darum geht, auch in Oberhausen für eine offene Kultur des Miteinanders zu stehen, behalten wir beim politischen Streit immer Maß und Mitte im Auge und sind wir manchmal – bei aller nötigen Sparsamkeit – ein wenig utopisch. Am besten gemeinsam und im Dialog.

(Die komplette Rede findet sich unter:
www.gruene-ratsfraktion-oberhausen.de)

„Ja“ zur Machbarkeitsstudie für Radschnellweg

In der November-Sitzung des Rates stimmte eine Mehrheit der Verwaltungsvorlage zu, die vorsieht, dass die Stadt eine Machbarkeitsstudie für einen Radschnellweg, der durch Oberhausen führt, beauftragt. Den ersten Aufschlag dazu gab es im Mai, als die CDU-Fraktion diese Studie beantragte, was mehrheitlich beschlossen wurde. Zu diesem Zeitpunkt allerdings noch ohne die Stimmen der GRÜNEN Ratsfraktion, die dann am letzten Montag dem Ganzen zustimmte.

„Das war keine abrupte Kehrtwendung“, erklärt der umweltpolitische Sprecher der GRÜNEN, Norbert Axt. „Uns ist seit Monaten klar, dass die Beauftragung seitens der Stadt zwar mit einem finanziellen Risiko, aber auch einer großen Chance verbunden ist.“ Letztere sehen die GRÜNEN darin, dass der ohnehin langfristige Prozess durch eine baldig eingeleitete Beauftragung der Studie beschleunigt werden kann. Aber nicht nur das: „Wir

setzen darauf, dass wir in Oberhausen, wenn wir belastbare Daten in der Hand haben, in der Planung und Umsetzung eines Radschnellweges einen Vorzug seitens des Landes erhalten“, so Axt. „Wir müssen für unsere Stadt Lösungen und gute Angebote offerieren, sonst wird eine Mobilitätswende nicht gelingen.“

Ausschlaggebend für die Zustimmung im Rat war für die GRÜNEN nicht nur der Jahrhundertssommer, der allen noch im Nacken sitzt, sondern auch das kürzlich erlassene Gerichtsurteil für Fahrverbote in Essen und Gelsenkirchen. Fraktionssprecher Andreas Blanke erläutert dazu: „Die Verwaltungsgerichte werden in naher Zukunft auch für Oberhausen Fahrverbote prüfen. Wir müssen dies mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern suchen.“ Daher wollen die GRÜNEN unter anderem mit der Machbarkeitsstudie ein Signal der Initiative an das Gericht senden, dass

Oberhausen auch in Sachen Radverkehr und der damit verbundenen Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs auf einem guten Weg ist, die Grenzen überschreitenden Messwerte stetig zu senken.

„Da wir uns über die Zweischneidigkeit der Beauftragung im Klaren sind, schließen wir im Rat vor, dass die Verwaltung vorbehaltlich beauftragt wird, die Studie auszuschreiben“, verdeutlicht Norbert Axt die beschlossene Änderung. Somit kann die Stadt sofort mit der langwierigen Ausschreibung beginnen. „Wenn die Versammlung des Regionalverbands Ruhr im Frühjahr 2019 den Grundsatzbeschluss zum Radschnellweg fassen wird und dann die Planung tatsächlich zügig vom Land übernommen würde, hätte Oberhausen bis dahin kaum einen Cent verloren“, ist sich Norbert Axt sicher.





Andreas Blanke und Sebastian Girrullis (stellv. Bezirksbürgermeister Sterkrade) mit Umweltdezernentin Sabine Lauxen bei der Übergabe des Startersets Elektromobilität, das die Nationale Organisation Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie aus Berlin im Namen des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur überreichte.



Fraktionssprecher Blanke guckte sich das Model X von Tesla genauer an. Als Überraschung gab es eine tanzende Vorführung des Wagens, was der amerikanische E-Mobilitätskonzern seinen Kund*innen als sogenanntes Easter Egg - eine nicht ganz ernst gemeinte Funktion der Entwickler - in Software-Updates versteckt.

1. Oberhausener Elektromobilitätstag

Mitglieder der GRÜNEN Ratsfraktion besuchten den 1. Oberhausener Elektromobilitätstag am 22. September auf dem Martha Schneider-Bürger Platz in Sterkrade. Auf Initiative der GRÜNEN beantragte die Koalition mit ihrem Antragspaket „Chancen der E-Mobilität nutzen“ im Rat der Stadt Ende 2017 unter anderem diesen Informationstag. Neben der sukzessiven Umstellung des städtischen Fuhrparks und deren Tochterunternehmen auf verbrennungsfreie Fahrzeuge, der Akquirierung von Fördermitteln sowie einem Konzept zur Ladeinfrastruktur enthielt der Antrag auch die Stärkung der Öffentlichkeitsarbeit.

„Der Elektromobilitätstag ist in unseren Augen nicht nur eine Wohlfühlmaßnahme“, erklärt Fraktionssprecher Andreas Blanke. „Wir halten solche Formate für unerlässlich, damit die Bürgerinnen und Bürger vor Ort, ohne großen Eigenaufwand die Möglichkeit zur Information, aber ebenso – ganz wichtig – zum Testen erhalten.“ Im besten Falle wird damit zum Beispiel die „Reichweitenangst“, die nicht unbegründet mit E-Fahrzeugen verbunden wird, genom-

men beziehungsweise relativiert. „Es stimmt, zurzeit sind E-Fahrzeuge noch nicht fähig, 600 Kilometer am Stück zu fahren. Wenn wir aber auf unser Alltagsverhalten blicken, sehen wir, dass die meisten von uns solche Wegstrecken selten zurücklegen“, so Andreas Blanke. Daher ist aus Sicht des GRÜNEN einerseits die Automobilindustrie gefordert, endlich in Sachen Speicherkapazität von Batterien voranzukommen. Andererseits sieht der Kommunalpolitiker die Stadt in der Pflicht, die Mobilitätswende im Rahmen des vernünftig Machbaren voranzubringen. „Wir können und dürfen der Luft- und Lärmverschmutzung und den drohenden Diesel-Fahrverbieten nicht ohnmächtig entgegensetzen, sondern müssen an einer Zukunft arbeiten, die ein anderes Mobilitätsverhalten aufweisen wird, als wir es jetzt kennen. Davor muss sich aber niemand fürchten, denn ich habe die große Hoffnung, dass nicht nur die Umweltbelastungen erheblich gemindert werden, sondern dass dann auch das Zeit- und Stressmanagement der Menschen langfristig begünstigt.“



Norbert Axt, Umweltausschussvorsitzender, ließ sich die neusten E-Bikes zeigen, auch die mit drei Rädern.

Fahrrad-Offensive

Eine Abkehr vom motorisierten Individualverkehr ist nur möglich, wenn auch gute Alternativen dafür geschaffen werden. Die GRÜNE Ratsfraktion setzt sich daher für die Attraktivierung des Radfahrens im Alltag ein. Mit dem Antrag „Maßnahmen zur Verbesserung



der Sicherheit für Radfahrer*innen“, den der Rat einstimmig im November beschlossen hat, ist nun ein weiterer Schritt getan: Die Radwege sollen sauberer und somit sicherer werden. Ebenso ist fortan eine Winterräumung vorgesehen. Verkehrsüberwachungskräfte sind angehalten, konzentrierte Einsätze im ruhenden Straßenverkehr vorzunehmen, um dem Radwegparken engmaschig zu begegnen. Denn: Wer einen Radweg blockiert, behindert beziehungsweise gefährdet andere Verkehrsteilnehmende. Die Radfahrer*innen sind in solch einer Situation, je nach Lage des Radwegs, gezwungen, entweder auf den Gehweg auszuweichen oder aus ihrer Spur auszuscheren und sich in den vorbeiziehenden Autoverkehr einzufädeln. Neben dem Aspekt der Gefährdung spielt aber auch die Anerkennung der

Aufteilung von Flächen im Straßenverkehr eine wichtige Rolle.

Ferner, so ein von den GRÜNEN angenommener Änderungsvorschlag der CDU-Fraktion, sollen Bürger*innen in einem Beteiligungsverfahren Straßen zur Prüfung vorschlagen, die keinerlei Angebote für Radfahrer*innen bereithalten. Bei diesen Straßen wird dann geprüft, ob Maßnahmen – was auch Geschwindigkeitsbegrenzungen beinhaltet, wenn beispielsweise kein Schutzstreifen vorhanden und anlegbar ist – zur Attraktivierung des Radverkehrs möglich sind.

Außerdem erwirkten die GRÜNEN, dass die Voraussetzungen für einen Pilotversuch „Rechtsabbiegepfel für Fahrradfahrer*innen“ geprüft wird und hierfür geeignete Straßenkreuzungen vorgeschlagen werden.

Kennzeichnung des Ladebereiches

Wer mit einem E-Auto unterwegs ist, kennt die Situation: An der Ladesäule angekommen, ist diese besetzt. Statt eines Fahrzeugs, das lädt, steht aber ein „Verbrenner“ auf der dafür vorgesehenen Parkfläche. Das muss keine böse Absicht sein, sondern kann durchaus aus Unwissenheit geschehen. Denn: Im Oberhausener Stadtgebiet sind die Ladebereiche für Elektrofahrzeuge bisher nicht allzu gut bis gar nicht gekennzeichnet.

Hamburg hat längst vorgemacht, wie es besser geht: Nicht nur, dass die Hansestadt eine gute Ladeinfrastruktur vorhält, nein, sie hat als erste Stadt in Deutschland, das seit 2015 geltende Elektromobilitätsgesetz sofort praktisch umgesetzt. Mit E-Kennzeichen ausgestattete Elektrofahrzeuge dürfen in Hamburg an allen Parkscheinautomaten bis zur jeweiligen Höchstparkzeit gebührenfrei geparkt werden. Das streben die GRÜNEN auch für Oberhausen an und wollen dazu spätestens Anfang

2019 einen Antrag stellen. Zunächst ebneten sie aber den Weg für einen in der November-Sitzung des Rates einstimmig angenommenen Antrag, der vorsieht, dass die Verwaltung eine rechtssichere und unmissverständliche Kennzeichnung von Ladeplätzen für E-Fahrzeuge erarbeitet. Grundsätzlich denkbar wäre eine eindeutige Verbotsschilderung mit entsprechenden Ausnahmehinweisen. Dadurch könnte auch gewährleistet werden, dass E-Autos nach Abschluss des Ladevorgangs den Ladeplatz sofort wieder verlassen, um die Ladestation nicht länger als nötig zu blockieren. Parallel hierzu sind auf den Erfahrungen anderer Städte basierende Vorschläge darzustellen, mit welchen Ordnungsmaßnahmen Zuwiderhandlungen durch mit Verbrennungsmotoren angetriebene Fahrzeuge bis hin zur sofortigen

Fahrzeugentfernung sanktioniert werden können. Die Stadtverwaltung und die evo, als Betreiber von Ladesäulen, sind nun aufgefordert, bis Ende März 2019 einen Vorschlag für eine unmissverständliche Flächenkennzeichnung für Stellflächen aufladender E-Fahrzeuge vorzulegen und einen Vorschlag zur Übernahme der Kosten zu unterbreiten.





Trassenerkundung

Am 1. September lud die GRÜNE Ratsfraktion Interessierte zu einem Stadtspaziergang ein. Dabei spazierten die Teilnehmenden nicht zu Fuß, sondern trafen sich mit ihren Fahrrädern, um die Streckenführung des viel diskutierten, in Planung befindlichen Radschnellweges für den Oberhausener Süden auszumachen.

Schon zu Beginn machte Norbert Axt, Vorsitzender des Umweltausschusses, klar, dass die Fortführung einer attraktiven, möglichst rampen- und steigungsfreien und dabei geraden Trasse, angesichts der um den Oberhausener Hauptbahnhof verlaufenden Bahntrasse und der zu überquerenden A40 vom Bahnhof Mülheim-Styrum aus grundsätzlich schwierig sein wird. Derzeit sind vor allem zwei Alternativen der Trassenverläufe nach Mülheim im Gespräch: über den Hiberniadamm oder über die Lothringer- und Heiðestraße. Letzteres sehen die GRÜNEN als nicht machbar an, da dies zu gravierende Folgen für den an der Strecke gelegenen Einzelhandel hätte.

Kosten nicht in den Vordergrund drängen

Der Hiberniadamm ist aus Sicht der GRÜNEN die bessere Wegeführung, jedoch würde dabei der Neubau einiger nötiger Brücken die Kosten erhöhen. Norbert Axt plädierte dafür, gegenwärtig die Kostenperspektive nicht in den Vordergrund zu drängen, um zunächst Ideen und Möglichkeiten freien Lauf zu lassen. Dennoch wird der Zeitpunkt kommen müssen, an dem das Preis-Nutzungsverhältnis zu prüfen ist. Zurzeit muss allerdings schon mit bedacht werden, dass ab der Grenzstraße bis zum Oberhausener Hauptbahnhof nicht nur Grundstücke, sondern auch Immobilien, wie ein mehrstöckiges Wohnhaus, erworben werden müssten, wenn die Trasse - wie u.a. von der CDU vorgeschlagen - verlaufen soll. Die Streckenführung bedarf im Idealfall der Stilllegung eines Gleises der Bahnstrecke, um netto sechs Meter Platz zu gewinnen. Eine geplante Lärmschutzwand in diesem Bereich

erfordert ebenfalls Platz, somit steigt der Bedarf an Fläche.

Die Fortführung der Trasse über den Oberhausener Hauptbahnhof hinaus entlang der ÖPNV-Trasse führt unter der Mülheimer Straße hindurch zur Neuen Mitte, wo wenig Raum vorhanden ist, um die Flachglasstrecke in Richtung Bottrop anzubinden. Angesichts der gegenwärtigen baulichen Hürden an den Gelenkstellen und Knotenpunkten mit anderen Verkehrsträgern, ist eine detaillierte Untersuchung durch die im Rat beauftragte Machbarkeitsstudie notwendig.

Fahrradstraßen

Es macht Sinn, nach einer möglichen Route in Styrum zu suchen. In diesem Zusammenhang bietet es sich an, über die Einrichtung von Fahrradstraßen, so wie es sie zum Beispiel in der Nachbarstadt Essen gibt, nachzudenken. Aus diesen wird der Autoverkehr für Anwohnende und Anliefernde zwar nicht untersagt, ansonsten gilt aber: Das Fahrrad hat Vorfahrt.



Wenn viele
kleine Leute an
vielen kleinen Orten
viele kleine Dinge tun,
können sie das Gesicht
der Welt verändern.
(afrikanisches Sprichwort)

Teil II

Die Klimakrise ist angekommen. Sie betrifft auch uns schon jetzt ganz real!

Naturkatastrophen, heftige Wetterextreme häufen sich. 2017 war mit 135 Milliarden Dollar Schadenshöhe das teuerste Jahr der Geschichte. Seit 1980 haben sich die Schäden verdreifacht.

Im Juni 2004 sollte ich als Ministerin mehreren Schülern Preise verleihen für besonders gute Forschungsarbeiten. Einer der Schüler hatte über die Entwicklung von Tornados in NRW gearbeitet. Ich fand das ziemlich abwegig: Tornados, die gibt es in den USA, aber doch nicht bei uns in NRW. Na ja, die Jury wird das schon gut entschieden haben, dachte ich. So übergab ich dem Schüler den Preis. Drei Wochen später raste ein Tornado durch das Ruhrgebiet, einen Kilometer von unserem Haus entfernt und hinterließ eine Schneise der Verwüstung. Wow, dachte ich, gut, dass wir die jungen Leute haben. Damals wurde mir zum ersten Mal bewusst, dass die Klimakrise mit ihrem

Wetterchaos angekommen ist, auch bei uns in Deutschland. Mittlerweile sind Tornados keine Seltenheit mehr, wir haben uns daran gewöhnt. Auch Extremwetter sind keine Seltenheit mehr: In den letzten Monaten hießen sie Xavier, Herwart, Friederike. Es gibt mehr Stürme und Überschwemmungen mit Toten und Verletzten. Letztendlich müssen die betroffenen Privatleute zum großen Teil die Kosten tragen, die durch das umweltschädliche Verhalten der Kohle- oder Autoindustrie verursacht wird.

Im Oktober 2017 erreichte der Hurrikan Ophelia Westeuropa. Ein Phänomen, das wir früher nur aus den warmen Atlantik- und Pazifikregionen kannten.

Auch in der Vergangenheit gab es Unwetter, Windhosen, aber die Zahl der extremen Unwetter mit großen Verwüstungen, selbst lokal begrenzte Unwetter mit Toten und Katastrophenalarm ist angestiegen.

Genau das haben uns die Experten vorausgesagt. Niclas Stern, der die Klimakrise wirtschaftlich untersuchte, hat

festgestellt: Wir müssen schon deshalb die Klimakrise überwinden, weil die Schäden durch vermehrte Extremwetter immer teurer werden.

Früher habe ich immer gesagt: Mein Kampf gegen die Klimakrise ist ein Kampf für meine Kinder und Enkelkinder. Heute weiß ich, wir sind die Generation, die die Klimakrise verursacht hat, aber wir sind auch die einzige Generation, die die Klimakrise noch überwinden kann.

Warum jetzt und warum ist Eile nötig?

720 Gigatonnen CO₂ darf die Welt noch bis 2100 emittieren, um unter 2 Grad Erwärmung zu bleiben. 2017 wurden circa 40 Gigatonnen CO₂ emittiert. Da nach 1000 Jahren circa 30 Prozent des emittierten CO₂ immer noch nicht abgebaut ist, bleiben uns noch 18 Jahre, wenn wir so weiter machen wie 2017. Jeder kann sich ausrechnen, wie alt er dann ist. Tatsächlich dürften wir weltweit nicht 40, sondern nur 8,7 Gigatonnen pro Jahr emittierten, wenn wir unser Budget gleichmäßig bis 2100 aufteilen.

Afrika: Besonders bedroht von Dürren und Überflutungen durch die Klimakrise; als Lösung stehen Erneuerbare Energien zur Verfügung.

Nun kann man sagen: Für uns hier in Deutschland sind zwei Grad Erwärmung, gerade bei den Minustemperaturen bis in den Frühling hinein, nicht schlimm. Aber was sagen wir den Menschen am Tschadsee? Klimazeugen aus dem Tschad haben uns berichtet, dass dort in bestimmten Zeiten Temperaturen zwischen 50 und 60 Grad herrschen. Der See hat nur noch weniger als fünf Prozent seiner ursprünglichen Größe. Da ist Fischfang und Landwirtschaft für Millionen Menschen nicht mehr möglich. Ein schrecklicher Nährboden für Terroristen wie Boko Haram. 60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht, immer mehr davon auch Klimaflüchtlinge. Eine wachsende Zahl sucht den Weg nach Europa.

In Afrika leben mehr als 600 Millionen Menschen ohne Strom. Strom ist aber der Motor für Entwicklung und für einen besseren Lebensstandard. Mit Licht am Abend können die Kinder für die Schule lernen; der Diesel für den Generator kann durch eine Photovoltaikanlage ersetzt werden. Gerade die alten Kochherde verbrauchen viel Holz, machen durch die Emissionen die Frauen und Kinder krank und sind schlecht für das Klima. Bäume können geschont und Zeit gespart werden, wenn das Gas von dem Dung der Tiere oder die Pflanzenabfälle hierfür genutzt werden.

Ob Afrika den steigenden Bedarf nach Energie mit Kohle, Öl und Holz oder mit Erneuerbaren Energien stillt, ist eine wesentliche Frage für die Überwindung der Klimakrise.

Dadurch, dass die Photovoltaikanlagen so stark im Preis gesunken sind, sind sie eine entscheidende Lösung, insbesondere für den ländlichen Raum in Afrika geworden.

Ich habe mir selbst Home Solarsysteme in Afrika angeschaut, die für 500 Euro Kosten dem Kunden folgendes Paket

liefern: eine Photovoltaikanlage, einen Fernseher mit Internetzugang, Licht für drei Zimmer, eine Handy Aufladestation, eine Musikanlage, Radio, Boxen und eine Batterie, die nach Einbruch der Dunkelheit fünf bis sechs Stunden Strom liefert. Bezahlt wird in Monatsraten über drei bis vier Jahre.

Es gibt auch halb so große oder doppelte und dreifache Leistung für den entsprechenden Preis. Dort können dann Solarpumpen oder Schweißgeräte genutzt werden, um kleine Handwerksleistungen zu generieren.

Nach drei oder vier Jahren monatlicher Abzahlung gehören die Geräte den Kunden. Nach Auskunft des Unternehmens haben 30 Prozent der Kunden sich so Einkommensmöglichkeiten geschaffen, die das Dreifache ihrer für das Paket zu zahlender Miete beträgt.

Oft kaufen die Kunden diese Lösung aber auch, weil sie dadurch vor Stromausfällen sicherer sind. Die Energiesicherheit beträgt über 95 Prozent.

Wenn noch mehr Strom benötigt wird, werden die Haushalte mit sehr einfachen Peer-to-Peer-Verbindungen zu Gleichstromnetzen verbunden. So, wie ein großer Fischschwarm aus hunderten von kleinen Fischen besteht, werden dann 100 Haushalte Teil eines großen Schwarm-Stromnetzes.

Dabei können die Menschen mehrere technische Stufen überspringen, die wir in den Industrieländern erst mühsam erklimmen mussten.

Letztendlich sind die Klima- und Energieziele mit den Sustainable Development Goals im Jahre 2015 mit der Nachhaltigkeitskonferenz

in New York und der Klimakonferenz in Paris zusammengeführt worden. Über den Ausbau der Energie können wir Wasser- und Gesundheitsprobleme besser lösen, wir können Ausbildung fördern und für mehr Gleichberechtigung sorgen. Ein dezentraler Ansatz ist weniger anfällig für Korruption und steht damit für gute Verwaltung und mehr Demokratie. Energie ist ein wichtiger Teil der Entwicklungszusammenarbeit.

Das alles hört sich einfach an, ist es aber nicht. Wir wollen deshalb viele Partnerschaften schaffen zwischen deutschen und afrikanischen Universitäten, Schulen und Krankenhäusern, zwischen Unternehmen, Energiegenossenschaften, Kommunen und Off-Grid-Dörfern.

Bärbel Höhn

(Die Bundestagsabgeordnete a.D. arbeitet seit Ende 2017 als Energiebeauftragte für Afrika für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)



Fotos: privat



Am 6. Oktober demonstrierten rund 50.000 Menschen unter dem Motto „Kohle stoppen. Wald retten!“ am Hambacher Forst - darunter auch einige GRÜNE aus Oberhausen (oben). Sie haben damit ein Zeichen für den Erhalt des Hambacher Forstes und für einen schnellen Kohleausstieg gesetzt.

Nur einen Tag später fand der schon länger geplante Landesparteirat der GRÜNEN NRW am Hambacher Forst statt. Dort stimmten die Delegierten u.a. einem Antrag zu, der die Landesregierung auffordert, eine neue Leitentscheidung für die Braunkohle zu beschließen. Für den Oberhausener Kreisverband mit dabei waren Iwona Jarczewski und Peter Kremer-Plew (unten Mitte und rechts) mit dem Kandidaten der letzten Bundestagswahl, Patrick Voss.



KOHLE STOPPEN. WALD RETTEN – JETZT ERST RECHT!

Gegen Plastikmüll - International Coastal Cleanup Day

Die Plastikflut gehört zu den größten Umweltproblemen unserer Zeit. Allein acht Millionen Tonnen Plastik landen jedes Jahr im Meer. Das entspricht einem Müllwagen pro Minute. Wenn wir nicht radikal umsteuern, könnte im Jahr 2050 das Plastik im Ozean mehr wiegen als alle Fischeschwärme zusammen. Auch unsere Flüsse und Böden leiden unter der zunehmenden Vermüllung. Inzwischen findet sich Mikroplastik sogar in der Arktis und im Gletschereis – obwohl dort fast keine Menschen leben. Deshalb informierte der GRÜNE Kreisverband Oberhausen am 15. September anlässlich des weltweiten Coastal Cleanup Days in der Sterkrader Innenstadt mit der Verteilung von Stoffbeuteln und einem Quiz rund um das Thema Plastikmüll. „Plastikmüll ist die Seuche des 21. Jahrhunderts“, sagt Norbert Axt, Vorstandssprecher von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Oberhausen. „Land, Gewässer und Tiere leiden unter der Vermüllung von Land und Wasser. Wir wollen jetzt handeln, denn die Welt ist keine Müllkippe!“



GRÜNER *Stammtisch*

Wir laden herzlich alle Mitglieder und Interessierten zum **ersten GRÜNEN Stammtisch 2019** ein. Der kennt keine Ferien:

Am **05.01.2019**, also wie immer am ersten Donnerstag im Monat, treffen wir uns ab **19 Uhr** im Gdanska (Altmarkt 3) zum lockeren Austausch. Gesprächsstoff gibt es genug: Egal, ob es Oberhausen oder den Rest der Welt betrifft - wir sind für eure Themen offen.

Es grüßt der
GRÜNE Kreisvorstand

**IMNMER AM
1. DONNERSTAG
EINES MONATS**

Impressum

**BlattGRÜN – Magazin
der Oberhausener GRÜNEN**
Ausgabe 03/2018

Herausgeber:

DIE GRÜNEN IM RAT/Grün-Offene Liste
in Oberhausen, Elsässer Straße 19, 46045
Oberhausen, S. 1, 3-6

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband
Oberhausen, Paul-Reusch-Str. 26,
46045 Oberhausen, S. 2, 8-12

V.i.S.d.P.:

Stefanie Schadt (st)

Kontakt Redaktion:

E-Mail: fraktion@gruene-oberhausen.de
DIE GRÜNEN IM RAT/Grün-Offene Liste
in Oberhausen,
Elsässer Straße 19, 46045 Oberhausen
Tel.: 0208.82 02 96
Fax : 0208.82 02 9-80

Druck:

45.000 Exemplare,
Rheinisch-Bergische Druckerei GmbH,
Zülpicher Straße 10, 40196 Düsseldorf,
auf 100 % Recycling-Papier, CO₂-zertifiziert



climate neutral
print

www.klima-druck.de
ID-No. 1876390

bvdm.



Ich möchte Mitglied werden.



Ich möchte unverbindliche Infos erhalten.

Name, Vorname

Straße/Hausnummer

Plz/Ort

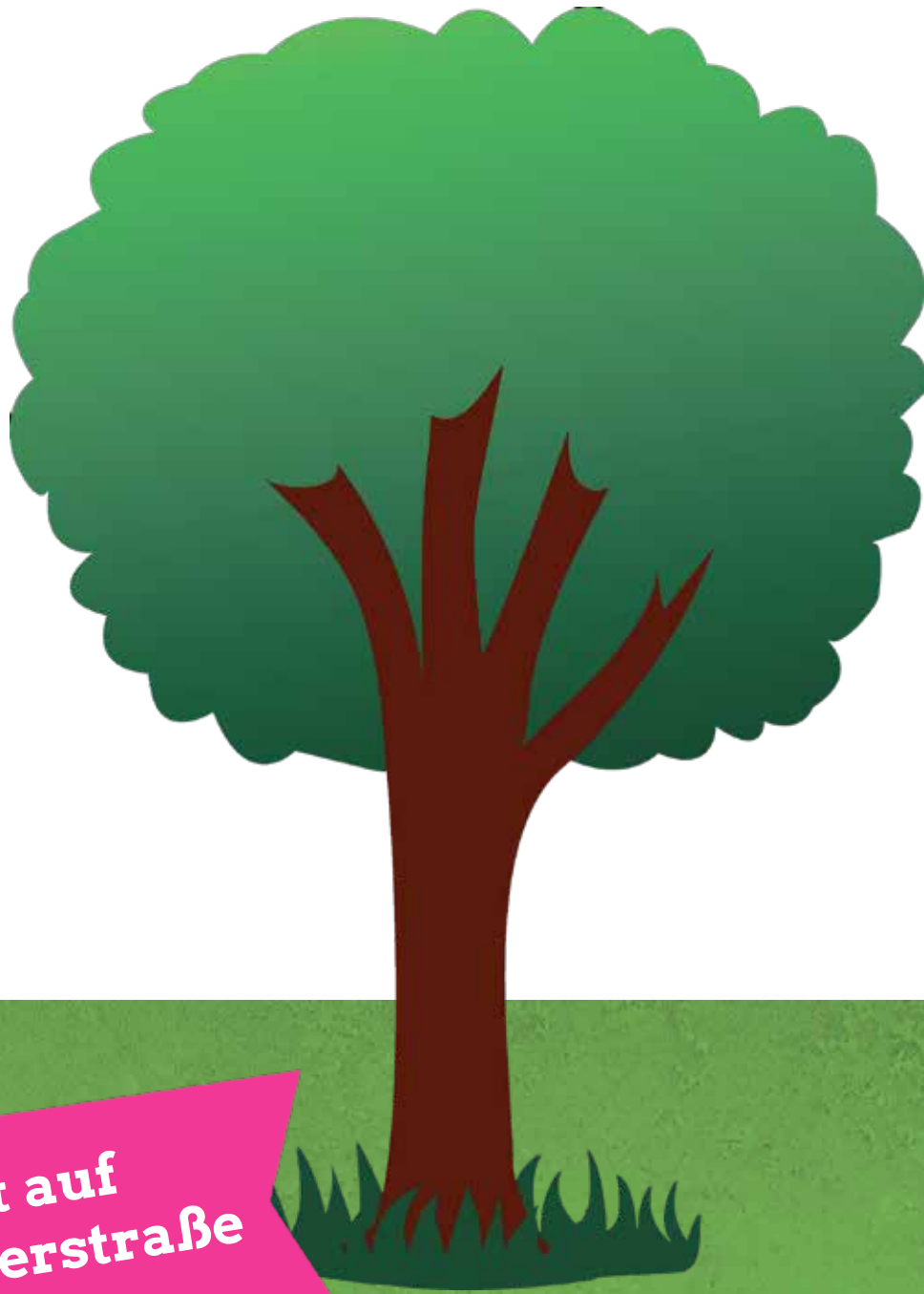
E-Mail

Einfach ausschneiden und an
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Paul-Reusch-Straße 26, 46045 Oberhausen

oder eine E-Mail an vorstand@gruene-oberhausen.de senden





Auch nicht auf
der Wunderstraße

**IHM WERDEN
WIR NICHTS
ABSCHLAGEN**

